

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit des Landes Berlin

Informationen gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten:

Nach geltendem Datenschutzrecht erhalten Sie Informationen, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Darüber hinaus weisen wir Sie auf Ihre Betroffenenrechte hin. Ferner möchten wir Sie informieren, wer Ihre Ansprechpersonen sind, wenn es um Fragen zum Datenschutz geht.

Ihre personenbezogenen Daten wurden von uns erhoben. Dazu gehören Daten, welche Sie uns zur Verfügung gestellt oder welche wir von Dritten über Sie erhoben haben. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten (Art. 13 und 14 DSGVO) nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

Bitte beachten Sie dazu folgende Datenschutzhinweise

1.) Verantwortlicher, Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörde: Verantwortlicher für die Datenerhebung ist die Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstr. 59, 10179 Berlin.

Die/den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: Senatsverwaltung für Finanzen, DSB, Klosterstr. 59, 10179 Berlin, Datenschutz@senfin.berlin.de.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de, Telefonnummer: 030 13889 -0.

2.) personenbezogene Daten, die verarbeitet werden:

Diese können sein: Name, Vorname, Anschriften, Geburtsdatum, Geburtsort, Kontaktdaten, Staatsangehörigkeit, E-Mail-Adresse, Beschäftigungsdienststelle, Stellenzeichen, Beschreibung des Aufgabengebietes, mitgeteilte Sachverhalte, Angaben der Beteiligten, Kontaktdaten anfragender Dienststellen.

3.) Zweck der Datenverarbeitung:

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Benennung der auf das Land Berlin als Arbeitgeber entfallenden ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Zweckänderungen sind gemäß § 15 Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) möglich.

4.) Rechtsgrundlagen:

Eine Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 lit. c) EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung i.V.m. der fachgesetzlichen Norm, nach Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO zur Wahrnehmung einer

Aufgabe, nach Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO i.V.m. der Einwilligung; gegebenenfalls i.V.m. § 3 BlnDSG und § 2 Informationsverarbeitungsgesetz (IVG).

5.) Quelle der Daten:

Ihre Daten wurden von dem Verantwortlichen, einer anderen Behörde oder Abteilung/Referat zur Zweckerreichung erhoben.

6.) Speicherung Ihrer Daten:

Die personenbezogenen Daten werden nach Erhebung solange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde.

Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten besteht.

7.) Ihre Rechte:

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

- **Recht auf Auskunft**
Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst konkrete Angaben machen.
- **Recht auf Berichtigung**
Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.
- **Recht auf Widerruf bei der Einwilligung**
Sofern die Befugnis auf Verarbeitung Ihrer Daten oder zur Weitergabe Ihrer Daten auf Ihrer Einwilligung beruhen, haben Sie das Recht gemäß Art. 7 Datenschutz-Grundverordnung diese jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.
- **Recht auf Löschung**
Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Unter Umständen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten

bei uns verlangen; die Daten werden dann nicht gelöscht, aber nicht weiter genutzt.

- **Recht auf Widerspruch**
Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit**
Sie haben auch ein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 Datenschutzgrundverordnung.
- **Recht auf Beschwerde**
Sie können bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de Beschwerde einlegen.
- **Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten**
Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit. Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.

8.) Empfänger der Daten:

Ihre personenbezogenen Daten könnten im Rahmen der Zwecke weitergegeben werden an andere Behörden, Gerichte und Verfahrensbevollmächtigte und andere Abteilungen innerhalb des Verantwortlichen, soweit es gesetzlich zulässig ist.